

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 15. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 18. Januar 2007

1. Abgeordnete

Marianne Grosse und
Ingeborg Sahler-Fesel
(SPD)

Schutz von Kindern vor Vernachlässigung und Misshandlung

Die erschütternden Nachrichten über dramatische Fälle von Vernachlässigung und Misshandlung erreichen uns immer wieder. Nach einer UNICEF-Studie zur Gewalt gegen Kinder in Industrieländern sterben in Deutschland jede Woche etwa zwei Kinder an den Folgen von Misshandlungen oder Vernachlässigung. Alle vier bis fünf Monate könnte also ein solcher Fall auch in Rheinland-Pfalz wieder passieren.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie wirksam sind die bereits eingeleiteten Maßnahmen zum Schutz der Kinder vor Vernachlässigung und Misshandlung?
2. Welche Ziele sind mit dem rheinland-pfälzischen Projekt „Guter Start ins Kinderleben“ mit den Standorten Ludwigshafen und Trier verbunden?
3. Welche weiteren Projekte und Maßnahmen stehen im Land zum Schutz für Kinder vor Vernachlässigung und Misshandlung zu Verfügung?

2. Abgeordnete

Anke Beilstein und
Josef Keller (CDU)

Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz

Die Landesregierung hat am 19. Dezember 2006 die Zahlen der Unterrichtsversorgung der berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz vorgelegt. Demnach ist das Defizit bei der Unterrichtsversorgung mit 6,5 Prozent seit Jahren unvermindert hoch.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch ist der strukturelle Unterrichtsausfall (zum Erhebungsstichtag) im Schuljahr 2006/2007 an den einzelnen Schulformen der berufsbildenden Schulen (bitte jeweils nach den einzelnen Schulformen BF I, BF II, BOS I und BOS II aufschlüsseln)?
2. Wie viele Schülerinnen und Schüler besuchen im Schuljahr 2006/2007 die berufsbildenden Schulen insgesamt und ihre einzelnen Schulformen (bitte jeweils nach Geschlecht, den einzelnen Schulformen BF I, BF II, BOS I und BOS II aufschlüsseln)?
3. Wie viele Schülerinnen und Schüler besuchen im Schuljahr 2006/2007 Klassen des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ), bitte nach Geschlecht aufschlüsseln)?
4. Wie viele Klassen des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) wurden im Schuljahr 2006/2007 an den berufsbildenden Schulen gebildet?

Hinweis der Landtagsverwaltung:

Die Mündliche Anfrage Nr. 10 kann gemäß § 98 Abs. 3 Satz 2 GOLT nur behandelt werden, wenn die Landesregierung zur Beantwortung bereit ist.

**3. Abgeordneter
Dr. Peter Schmitz (FDP)**

Erhöhung der Krankenkassenbeiträge der AOK Rheinland-Pfalz

Im vergangenen Monat hat der Verwaltungsrat der AOK Rheinland-Pfalz beschlossen, den Beitragssatz um 1,6 % auf 15,5 % zu erhöhen. Wie bei allen anderen Krankenkassen kommt auch bei der AOK Rheinland-Pfalz zusätzlich ein durch die Versicherten alleine zu zahlender Beitragssatz von 0,9 % dazu, sodass der Gesamtbeitrag dann 16,4 % beträgt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie begründet die AOK diese Beitragserhöhung im Einzelnen, insbesondere im Zusammenhang mit der aktuellen Gesundheitsreform?
2. Welche jeweiligen Faktoren führen in diesem Zusammenhang zu welcher jeweiligen Steigerungsrate?
3. Wie hoch ist durchschnittlich die hierdurch entstehende zusätzliche Belastung eines Erwerbstätigen, der bei der AOK Rheinland-Pfalz versichert ist, pro Jahr in absoluten Zahlen?
4. Wie beurteilt die Landesregierung diese Lohnzusatzkostensteigerung hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Unternehmen und der damit verbundenen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt?

**4. Abgeordneter
Gerd Schreiner (CDU)**

Versorgung früh- und risikogeborener Kinder an der Universitätskinderklinik Mainz

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit trifft es zu, dass die Universitätskinderklinik wegen Geldmangels auf Zuweisungen des Fördervereins „Frühstart“ zur Beschaffung medizinischer Geräte für die Versorgung früh- und risikogeborener Kinder angewiesen ist?
2. Inwieweit trifft es zu, dass notwendige Fortbildungen für das zur Versorgung eingesetzte Pflegepersonal in der Kinderklinik wegen Personalmangels abgelehnt worden sind?
3. Inwieweit ist es zutreffend, dass Beatmungsplätze mit der Folge der Unterschreitung qualitätsrelevanter Mindestmengen abgebaut werden?
4. Wie will die Landesregierung gegenüber der Kritik des Landesverbandes früh- und risikogeborener Kinder Rheinland-Pfalz an Versorgungsdefiziten aufgrund Unterfinanzierung und drohendem Verlust des Anschlusses an die medizinische Entwicklung als Folge der Umstrukturierung des Klinikums sicherstellen, dass die kinderklinische Versorgung dem Stand und der Entwicklung der medizinischen Erkenntnisse entspricht?

**5. Abgeordnete
Christine Baumann (SPD)**

Absatzboom deutscher Weine

Der Trend zum deutschen Wein hält an: Die deutschen Winzer konnten ihren Absatz im Handel im vergangenen Jahr um 7,8 Prozent steigern. Nach aktuellen Angaben des Deutschen Weininstituts steigerte sich der Marktanteil deutscher Weine im gesamten Lebensmittelhandel auf 38 Prozent.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Einschätzung des Deutschen Weininstituts einer positiven Absatzentwicklung deutscher Weine, auch vor dem Hintergrund des erfolgreichen Qualitätsstrebens deutscher und rheinland-pfälzischer Erzeuger?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Weinmarktentwicklung für Rheinland-Pfalz, insbesondere für den Weinjahrgang 2006?
3. Wie schätzt die Landesregierung die gestiegene Nachfrage nach Weißweinen auch vor dem Hintergrund der Weißweinstudie des Landes ein?

6. Abgeordnete**Dorothea Schäfer und
Christine Schneider (CDU)****Saisonarbeitskräfteregelung**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie soll nach Auffassung der Landesregierung vor dem Hintergrund der Äußerungen des Landwirtschaftsministers auf dem Weinbautag in Bernkastel-Kues, dass er sich eine Regionalisierung der Saisonarbeitskräfteregelung vorstellen könne, die aktuelle Eckpunkterege- lung verändert werden?
2. Ist nach Kenntnis der Landesregierung der Bundesarbeitsminister – abweichend von seiner bisherigen, ablehnenden Haltung – zwischenzeitlich zu einer Änderung der Eckpunkte- regelung bereit?
3. Wie hoch sind die durch die geltende Eckpunkteregelung verursachten Verluste in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft?
4. Wie verantwortet die Landesregierung diese Verluste angesichts der Tatsache, dass sie trotz der bekannten Situation bisher gegen eine Änderung der Eckpunkteregelung war?

7. Abgeordneter**Günter Eymael (FDP)****Entscheidung für die „Hagenbach-Variante“ als Verbindung zwischen der deut-
schen A 65 und der französischen A 35**

Für den geplanten Lückenschluss zwischen dem deutschen (A 65) und französischen (A 35) Autobahnnetz an der Grenze zwischen Rheinland-Pfalz und dem Elsass hat sich die Landes- regierung auf die so genannte „Hagenbach-Variante“ festgelegt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Was waren die entscheidenden Gründe für die Entscheidung zugunsten der „Hagenbach- Variante“?
2. Aus welchen Gründen wurde die von den Gemeinden Hagenbach, Wörth und Maximili- ansau als Kompromissvorschlag ins Spiel gebrachte Y-Variante abgelehnt?
3. Wie sieht nun der zeitliche Ablauf für das weitere Verfahren aus?
4. Wie beurteilt die Landesregierung den in der Region angekündigten „enormen Wider- stand“ gegen die jetzt getroffene Entscheidung (vgl. Rheinpfalz vom 5. Januar 2007)?

8. Abgeordnete**Marianne Grosse (SPD)****Arbeitsmarktsituation in Rheinland-Pfalz**

Die Arbeitsmarktsituation in Rheinland-Pfalz präsentiert sich für Dezember 2006, so die Presseinformation der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland, vom 3. Januar 2007, in deutlich verbesserter Verfassung.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Aussagen sind zur aktuellen Arbeitsmarktstatistik für Rheinland-Pfalz zu treffen?
2. Welche Entwicklungen sind insbesondere im Vergleich zum Vorjahr erkennbar?
3. Welche Gründe sind für die verbesserte Verfassung des rheinland-pfälzischen Arbeits- marktes zu nennen?
4. Welche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen werden für einzelne Personengruppen unter- nommen (arbeitslose Jugendliche, langzeitarbeitslose Menschen, Frauen und Menschen über 50 Jahre)?

**9. Abgeordneter
Alexander Licht (CDU)**

Sicherheitsrisiken bei Windkraftanlagen

Nachdem aktuell Sicherheitsrisiken bei Windkraftanlagen in Form eines Abrisses eines Rotorblatts und von Schäden an Fundamenten bekannt geworden sind, frage ich die Landesregierung:

1. Welche Informationen liegen der Landesregierung zu Sicherheitsmängeln und Sicherheitsrisiken bei Windkraftanlagen in Rheinland-Pfalz vor?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Sicherheit bei Errichtung und Betrieb von Windkraftanlagen in Rheinland-Pfalz, insbesondere unter dem Aspekt des Schutzes der Bevölkerung?
3. Welche Konsequenzen sind aus den aktuellen Vorfällen für Sicherheitsbestimmungen und Sicherheitspraxis bei Windkraftanlagen in Rheinland-Pfalz zu ziehen?

**10. Abgeordneter
Michael Hörter (CDU)**

Erheblicher Anstieg der Zahl der Drogentoten in Rheinland-Pfalz

Im Jahr 2006 stieg die Zahl der Drogentoten in Rheinland-Pfalz gegenüber dem Vorjahr entgegen dem Bundestrend von 54 auf 78 erneut an.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie erklärt sich die entgegen dem rückläufigen Bundestrend steigende Zahl von Drogentoten in Rheinland-Pfalz?
2. Welche Entwicklungen beim Drogenkonsum und bei den Drogenkonsumenten sind vor dem Hintergrund der Zahl der Drogentoten in Rheinland-Pfalz festzustellen?
3. Welche Konsequenzen beabsichtigt die Landesregierung hieraus zu ziehen?
4. Welche Maßnahmen wurden in anderen Bundesländern im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz zur Senkung der Zahl der Drogentoten ergriffen?

**11. Abgeordnete
Hans Jürgen Noss und
Carsten Pörksen (SPD)**

Antiterrordatei

Das Antiterrordateiengesetz hat die letzte Lesung im Bundestag und Bundesrat passiert und ist seit Anfang des Jahres in Kraft. Die frühzeitige Erkennung von Gefahren durch den internationalen Terrorismus, ihre erfolgreiche Abwehr und die Ermittlung von Tatverdächtigen machen den Einsatz dieser Instrumente zur Gewinnung und zum Austausch von Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern notwendig. Die Landesregierung hat die schnellstmögliche Einrichtung der von der Innenministerkonferenz beschlossenen, gemeinsamen Antiterrordatei der Polizeien und Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern dabei immer konstruktiv unterstützt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie wird die Einführung der Antiterrordatei in Rheinland-Pfalz vorbereitet?
2. Wie ist der aktuelle Sachstand?
3. Wird es möglich sein, Rheinland-Pfalz zum Zeitpunkt des Beginns des Wirkbetriebs anzuschließen?

12. Abgeordnete**Hans Jürgen Noss und
Carsten Pörksen (SPD)****Geoportal Rheinland-Pfalz**

Durch die Freischaltung des erweiterten rheinland-pfälzischen Geoportals können nun raumbezogene digitale Daten des Landes einer breiten Nutzerschicht zugänglich gemacht werden. Eine Fülle unterschiedlicher digitaler Informationen sind jetzt per Mausklick zentral abrufbar. Nach Angaben der Landesregierung stellt das Portal mit seinen zahlreichen Nutzungsmöglichkeiten einen Meilenstein für die praxisorientierte Verknüpfung verschiedenster Daten dar, welche durch die Digitaltechnik den Bürgerinnen und Bürgern erstmals kompakt zugänglich gemacht wird.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche unterschiedlichen Nutzergruppen werden von dem Geoportal profitieren und wie gestaltet sich die konkrete benutzerfreundliche Bedienung?
2. Mit welchen Maßnahmen kann sichergestellt werden, dass das Geoportal nachhaltig genutzt werden kann?
3. Inwieweit kann das Geoportal den wachsenden europäischen Ansprüchen genügen?

13. Abgeordnete**Margit Mohr, Manfred
Nink und Alexander
Schweitzer (SPD)****Wirtschaftsklima in Rheinland-Pfalz und kleine und mittlere Unternehmen**

Das KfW-ifo-Mittelstandsbarometer für Dezember 2006 belegt eine außerordentliche Verbesserung des Geschäftsklimas kleiner und mittlerer Unternehmen, und zwar um 5,2 Punkte auf 28,6 Punkte. Damit liegt der aktuelle Wert über dem langfristigen Mittelwert. Rheinland-Pfalz soll sich mit Unterstützung der Landesregierung zum „Land des modernen Mittelstandes“ entwickeln. Die Anzahl der Selbstständigen in Rheinland-Pfalz ist im Übrigen zwischen 1996 und 2005 um etwa 24 Prozent gestiegen. Nach aktuellen Angaben des Statistischen Landesamtes haben außerdem die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe in den ersten zehn Monaten 2006 deutlich mehr umgesetzt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung das aktuelle Wirtschaftsklima in Rheinland-Pfalz, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen?
2. Welche Bedeutung hat die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen in Rheinland-Pfalz für die Landesregierung?
3. Welche Unterstützung erhalten Existenzgründer und Existenzgründerinnen in Rheinland-Pfalz?
4. Wie fördert das Land Innovationen, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen?

14. Abgeordnete**Manfred Nink und
Fritz Presl (SPD)****Flughafenentwicklung im Südwesten**

Der Flughafen Zweibrücken, eines der großen rheinland-pfälzischen Konversionsprojekte, entwickelt sich seit Herbst vergangenen Jahres sehr positiv. Gleichzeitig ist eine starke Rückentwicklung des saarländischen Flughafens Saarbrücken-Ensheim zu verzeichnen.

Vor dem Hintergrund der in der Vergangenheit erfolglosen Kooperationsgespräche und der Absicht, diese Kooperationsgespräche fortzuführen, fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Konsequenzen beabsichtigt die Landesregierung aus der aktuellen Entwicklung beim saarländischen Flughafen Saarbrücken-Ensheim in Bezug auf die Flughafenentwicklung in Rheinland-Pfalz zu ziehen?
2. Reicht die vorhandene Verkehrsinfrastruktur mit A 8 und L 700 für die weitere Entwicklung des Zweibrücker Flughafens aus?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die zukünftige Entwicklung des Flughafens Zweibrücken im Hinblick auf den Personen- bzw. Cargoverkehr?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die zukünftige Entwicklung im Umfeld des Flughafens Zweibrücken hinsichtlich der Schaffung von weiteren Arbeitsplätzen und somit der wirtschaftlichen Weiterentwicklung der Region?

15. Abgeordnete**Jens Guth, Margit Mohr
und Frank Puchtler (SPD)****Bezeichnungsschutz für Sparkassen**

Die Bundesregierung und die Europäische Kommission haben sich Ende des letzten Jahres beim Bezeichnungsschutz für Sparkassen geeinigt. Die EU-Kommission hat außerdem das diesbezügliche Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingestellt. Das Gesetz über das Kreditwesen erläutert die Bezeichnung „Sparkasse“. Danach dürfen nur öffentlich-rechtliche Institute die Bezeichnung „Sparkasse“ verwenden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den mit der EU-Kommission gefundenen Kompromiss beim Bezeichnungsschutz für die rheinland-pfälzischen Sparkassen?
2. Hält die Landesregierung damit den Fortbestand der öffentlich-rechtlichen Sparkassen und des dreigliedrigen Bankensystems für gesichert?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Bedeutung der Sparkassen für die mittelständischen Unternehmen in Rheinland-Pfalz?